

Stellenabbau bei „Bild“ und „Welt“, Warnstreiks im Nahverkehr geplant, Energiepreisbremse für Gas und Strom startet

Stellenabbau bei „Bild“ und „Welt“

Bei seinen Marken „Bild“ und „Welt“ streicht der Medienkonzern Axel Springer Stellen. Konkrete Zahlen wurden nicht genannt. Zum deutschen Mediengeschäft des Konzerns mit Sitz in Berlin hieß es weiter: „Um auch künftig wirtschaftlich erfolgreich zu bleiben, muss sich unser Ergebnis im deutschen Mediengeschäft in den nächsten drei Jahren um rund 100 Millionen Euro verbessern. Durch Umsatzsteigerungen, aber auch durch Kostenreduzierungen.“, so Springer-Chef Mathias Döpfner. Der Stellenabbau hatte sich schon länger angedeutet. Der Konzern beschäftigt weltweit aktuell rund 18 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dazu zählen 3400 Journalisten, davon einen immer größeren Teil in den USA. Der Konzern will sich perspektivisch vom gedruckten Zeitungsgeschäft verabschieden und ein reines Digitalunternehmen werden. ([Manager Magazin](#))

Warnstreiks im Nahverkehr geplant

Am kommenden Freitag (03.03.2023) müssen sich Nutzerinnen und Nutzer von Bus und Bahn auf erhebliche Einschränkungen durch neue Warnstreiks einstellen. Die Gewerkschaft Ver.di will den öffentlichen Nahverkehr in sechs Bundesländern und einigen Städten für 24 Stunden nahezu flächendeckend lahmlegen. Die Aktion soll gemeinsam mit den Klimaaktivisten von Fridays for Future stattfinden, die für Freitag zu einem globalen Klimastreik aufrufen. Ver.di will damit den Druck in den

Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Kommunen und des Bundes erhöhen, wie Vizechefin Christine Behle am Dienstag (28.02.2023) in Berlin ankündigte. Betroffen von den Warnstreiks sind vor allem Hessen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Sachsen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz. Beteiligt am Warnstreik seien auch die Beschäftigten des Nahverkehrs in München, wo ein weiterer Tarifvertrag gekündigt worden sei. Berlin ist nicht betroffen. Mehr dazu [hier](#). ([Spiegel Online](#))

Energiepreisbremse für Gas und Strom startet

Die Preisbremsen für Gas, Fernwärme und Strom greifen ab Mittwoch (01.03.2023), und zwar rückwirkend auch für Januar und Februar 2023. Der Staat zahlt Haushalten und kleineren Unternehmen für 80 Prozent ihres Vorjahresverbrauchs die Differenz zwischen Preisdeckel und Marktpreis. Bei Gas liegt der Deckel bei zwölf Cent pro Kilowattstunde, bei Fernwärme bei 9,5 Cent und bei Strom bei 40 Cent. Durch die Preisbremse verringert sich bei Preisen oberhalb des Deckels der monatliche Abschlag. Auf der Jahresabrechnung für 2023 wird dann zu sehen sein, wie hoch der Verbrauch tatsächlich war. ([Der Tagesspiegel](#))